

II-1009 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 626 IJ

1991-03-04

ANFRAGE

der Abgeordneten Anschober, Langthaler, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Risikoabdeckungen seitens der Kontrollbank im Rahmen von Straßenbauaufträgen österreichischer Firmen und Banken in Jugoslawien, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen und der Sowjetunion

Nach den demokratischen Reformen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks ist eines der ersten Ziele der Aufbau einer intakten Verkehrsinfrastruktur. Auch österreichische, zum Teil verstaatlichte Firmen beteiligen sich in Form von Finanzierungsmaßnahmen und Baumaßnahmen an diesem Wiederaufbau. Anstatt jedoch den Wiederaufbau des öffentlichen Verkehrs voranzutreiben, sind österreichische Firmen in erster Linie im Bereich des Ausbaus von Schnellstraßen und Autobahnen tätig.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

ANFRAGE:

1. In welchem Ausmaß hat die österreichische Kontrollbank seit 1985 Risikoabdeckungen für Straßenbauprojekte in den oben genannten Ländern übernommen?
Um welche konkreten Projekte handelte es sich?
Welches Finanzausmaß betrugen diese Projekte?
2. Gibt oder gab es Gespräche der Kontrollbank über eine Risikoabdeckung im Fall des Phyrnska-Projektes von Spielfeld nach Zagreb?
Welche verstaatlichte Firmen und Banken sind an diesem Projekt beteiligt?
Welche Informationen besitzt das Finanzministerium über geplante Beteiligungen heimischer Firmen und Banken an diesem Projekt?

3. Es existieren derzeit Bemühungen heimischer Baufirmen, Mittel aus dem Ostkreditfonds für das Durchführen von Straßenbauprojekten in den obgenannten Ländern zu erhalten. Folgen bereits derartige Mittel an Straßenbaufirmen vergeben?
Wenn ja, in welchem Ausmaß und für welche konkreten Projekte?
Ist in Zukunft geplant, Straßenbauprojekte als förderungswürdig im Sinne des Ostkreditfonds zu betrachten?